

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis pro Exemplar 20 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk., halbjährlich 3,50 Mk., jährlich 7,00 Mk. / Der Preis für den Abnehmer beträgt 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. / Bei den auswärtigen Postämtern ist unter Anweisung und Rücksichtnahme der Postverwaltung die Befreiung von der Zahlung der Postgebühren zu beantragen. / Im Falle einer Verhinderung des Abnehmers ist die Befreiung von der Zahlung der Postgebühren zu beantragen. / Im Falle einer Verhinderung des Abnehmers ist die Befreiung von der Zahlung der Postgebühren zu beantragen. / Im Falle einer Verhinderung des Abnehmers ist die Befreiung von der Zahlung der Postgebühren zu beantragen.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 16

Dienstag den 21. Januar 1919.

78. Jahrg.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Schutz um Schutz.

Es hat geklungen, soviel läßt sich jetzt immerhin schon sagen. Die Truppen, die von der Regierung nach Berlin gerufen worden sind, haben sie selbst von der unmittelbaren Herrschaft der Straße befreit, haben das Zeitungswiertel gesäubert und auch sonst den spartakistischen Terror, dem die Reichshauptstadt schier zu erliegen drohte, im wesentlichen gebrochen. Das verbrecherische Gesindel, das sich an die Soblen der Liebknecht und Rosa Luxemburg gekettet hatte, ist wieder in seine alten Schlußwinkel zurückgewiesen, und die Beschränkungen, denen die Berliner jetzt vorübergehend in ihrer äußeren Bewegungsfreiheit unterworfen sind, lassen sie sich gern gefallen, weil sie von über im Augenblick rechtmäßigen Gewalt ausgehen und der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung dienen; mehr kann man, solange wir noch keine Nationalversammlung haben, wohl nicht verlangen.

Die Berliner — das ist allerdings zu viel gesagt. Soweit sie den bürgerlichen Kreisen angehören, besteht bei ihnen wohl Einmütigkeit der Empfindungen gegenüber den Truppen, die zu ihrem Schutz aufgebieten sind. Auch die ruhig urteilenden Teile der Arbeiterschaft wissen die Arbeit dieser Männer richtig zu würdigen, denen es wahrhaftig kein Vergnügen macht, hier in den Straßen der Stadt einen gar nicht ungefährlichen Kleinkrieg gegen allerhand wilden und verführerischen Propaganda zu tun, die früheren Seiten von unserer bewährten Schutzmannschaft stets nach Bedarf besorgt wurden. Aber das eigentliche Proletariat kann nun einmal von seinem tiefen Misstrauen gegen alles, was Regierung heißt, was Uniform trägt und Ordnung machen soll, nicht lassen. Gleichviel ob die Männer, die an der Spitze stehen, aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen sind, ob sie durch Wahlen auf ihre Plätze gestellt wurden und ob auf ihren Befehl gehandelt wird, Zweifel und Verdacht regen sich sofort gegen sie, sobald sie von Amtspflichten reden und danach handeln. Und wenn nun gar erst Vorfälle von der Art hinzukommen, wie wir sie hier in der Nacht zum 16. Januar erlebt haben, dann gibt es auf dieser Seite kein Halten mehr. Für alles, was sich „unabhängig“ fühlt und benimmt im sozialdemokratischen Lager, steht es unumstößlich fest, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg einem ebenso feinen wie brutalen Mord zum Opfer gefallen sind. Sie bewirkten sich zwar selbst in unendlicher Weise, indem sie einmal von dem „vielehischen Großstadtpöbel des Westens“ sprechen und in dem gleichen Atemzuge behaupten, daß die Begleitmannschaften selbst die beiden Gefangenen ums Leben gebracht hätten. Aber ein gemeiner Mord bleibt es für sie auf alle Fälle, und wie sie es verstehen, das Volk mit solchen Mitteln der Agitation und Verhetzung in Verwirrung zu stürzen, das haben wir ja nun wohl zur Genüge erfahren.

Die Regierung, was soll sie dagegen tun? Unschlüssig wie immer, wenn es sich um ihre Brüderlichkeit zur Linken handelt, hat sie die Zustellung von Unabhängigen zur gerichtlichen Untersuchung veranlaßt, im übrigen aber kein Wort der Abwehr gefunden. Deshalb hat der Führer der Gardesabdivision, Generalleutnant v. Hofmann, sich zu einer Art Plakat in die Öffentlichkeit gedrückt. In einem Aufruf legt er scharfe Vermahnung ein gegen das Gebahren der Unabhängigen Parteileitung, die von einem „Mordanschlag“ spreche, statt das Ergebnis der sofort eingeleiteten Untersuchung abzuwarten. Er verlangt, daß die Regierung den Truppenverband auch schützen möge, der durch die Tat bewiesen habe, daß er zum Schutze der Regierung bereit und imstande sei.

Die Unternehmung des Falles Liebknecht-Luxemburg. Stämmische Verammlung der Berliner Soldatenräte. Die Regierung hat in die Kommission zur Untersuchung des Falles Liebknecht-Rosa Luxemburg einen unabhängigen Sozialdemokraten aufgenommen, um so die Klärung der Todesursache der beiden Spartakistenführer auf die letzte Grundlage zu stellen. Die Maßregel ist durchaus wünschenswert, da von unabhängiger Seite immer erneut behauptet wird, es sei an den beiden ein gemeiner Mord verübt worden. Auf der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte führte denn auch ein vom Reichsmarineamt aus, ein Soldat, der zur fraglichen Zeit im Ebers-Hotel anwesend gewesen sei, habe ihm berichtet, daß Liebknecht bereits tot gewesen sei, als er vom

Eben-Hotel fortgebracht werden sollte. Und derselbe Soldat habe behauptet, Rosa Luxemburg sei nicht von einer Menschenmenge getötet, sondern von Soldaten der Begleitmannschaften mit Kolben erschlagen worden. Trotz stürmischer Unterbrechungen und wiederholter Aufforderung beantwortete Loh den dringenden Ruf, seinen Gewährsmann zu nennen, mit Schweigen.

Vier Spartakistenführer erschossen. Am 10. Januar wurden in Spandau die Vorsitzende des Spandauer KSM v. Ljowitski und die Arbeiterräte, Hermann Marks, Jordan und Milfert verhaftet. Nachdem die vier Spartakisten bis Freitag im Spandauer Gefängnis in Haft gehalten worden waren, sollten sie in der Nacht nach dem Gefängnis in Tegel transportiert werden. Auf dem Wege durch den Tegeler Forst ergriffen die vier Spartakisten die Flucht. Als sie trotz wiederholter Schüsse nicht stehen blieben, machte die militärische Wachmannschaft von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurden alle vier Flüchtigen erschossen.

Schreckensherrschaft in Düsseldorf. Fluht der Behörden.

Düsseldorf, 18. Januar. Seit zwei Wochen führen hier die Spartakisten eine wahre Schreckensherrschaft. Im Rathaus sitzt ein kommunistischer Bürgermeister, Regierungspräsident, Landeshauptmann und Oberbürgermeister sind zu den Belgiern geflüchtet. Ein bürgerlicher Demonstrationszug wurde mit Gewehrfeuer auseinandergejagt, wobei es 13 Tote gab. Die bürgerlichen Zeitungen wurden verboten und die bürgerlichen Wahlbureau verlor. So stehen die Dinge am Vorabend des Friedens in Düsseldorf: Klassenherrschaft, Klassenjustiz, Senur, Standgericht, Anarchie und Säbelregiment.

Die Reichsverfassung. Wahl des Präsidenten durch das Volk.

Die neue Reichsverfassung zerfällt in vier Abschnitte mit zusammen 73 Paragraphen. Der erste Abschnitt behandelt: Das Reich und die deutschen Freistaaten, der zweite: Die Grundrechte des deutschen Volkes, der dritte: Den Reichstag, der vierte: Reichspräsident und Reichsregierung. Die Beratung dieses Verfassungsentwurfes wird die erste Arbeit der Nationalversammlung sein, die bekanntlich Anfang Februar zusammentritt.

Alle Staatsgewalt beim Volke. Nach den Bestimmungen der 17 Paragraphen des ersten Abschnittes besteht das zukünftige Deutsche Reich aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Das Reich erkennt das geltende Bürgerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an. Die Angelegenheiten, die der Reichsregierung und Reichsverfassung unterliegen, sowie diejenigen, die sowohl der Reichsregierung, als auch der Reichsverfassung unterliegen, sind im allgemeinen dieselben wie bisher. Interessant ist § 5, der ausdrücklich festsetzt: Reichsrecht bricht Landesrecht.

Neue deutsche Freistaaten.

Von besonderer Wichtigkeit ist der § 11, dem er befragt: Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reiches zu errichten, soweit die Stammbirth der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, der der Zustimmung der Volksvertretung und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landes teils aus dem bisherigen Staatsverbande lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reiches zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung.

Der Reichspräsident.

Der Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhalten hat. Erhält sich keine Mehrheit, so muß engere Wahl zwischen denjenigen Bewerbern stattfinden, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Der Reichspräsident hat das Reich zu vertreten. Er verkündet die Gesetze, Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Grenzländer der Reichsgebiete betreffen,

bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Volkbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit dem in Volkbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages. Dem Reichspräsidenten steht die Exekutive zu. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und einer Anzahl von Reichsministern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden, das Vertrauen des Volkshauses bedarf und dem Reichstag gegenüber verantwortlich ist. Jeder Reichsminister trägt aber die Verantwortung selbständig für sein Ressort.

Noch gibt nach. Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Trier, 18. Januar.

Unserer Waffenstillstandskommission ist es gelungen, eine wesentliche Milderung der Bedingungen des neuen Waffenstillstandes zu erzielen. So wurde zunächst der Termin für die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen bedeutend hinausgeschoben. Es ist jetzt als Zeitpunkt für diese Ablieferung der 1. Juni d. J. festgesetzt worden. In den Erörterungen über diesen Termin ist von seiten der deutschen Unterhändler darauf hingewiesen worden, daß einige Arten der von der Entente verlangten Maschinen überhaupt im Frühjahr noch gar nicht gebraucht würden, sondern erst in einer späteren Zeit, z. B. Mähmaschinen, Bindemähdreschinen usw. Ferner ist es unseren Unterhändlern gelungen, durchzusetzen, daß keine bestimmte Anzahl der abzuliefernden Maschinen im Vertrag mehr angegeben wird, sondern nur grundsätzlich festgesetzt ist, daß landwirtschaftliche Maschinen abgeliefert sind.

In den Verhandlungen über die ganze Frage der Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen ist seitens des Staatssekretärs Erbsberger zunächst erklärt worden, daß ihm diese Forderung der Entente völlig überraschend komme und daß er in keiner Weise deren Tragweite und ihre Folgen übersehen könne. Auch keine Behörde sei imstande, angeblühlich, d. h. bis zum nächsten Tage, wie es noch verlangt wurde, eine authentische und erschöpfende Übersicht über den Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen und über die Möglichkeit, solche noch in Deutschland zu reproduzieren, zu geben. Diese Ausführungen haben, wie der Erfolg zeigt, auch auf die negativen Unterhändler Eindruck gemacht und es ist zur Milderung der Bedingungen gekommen. Diese Abschwächungen der Entente-forderungen sind für unsere Landwirtschaft von der allergrößten Bedeutung. Sie nehmen ihr die schwerste Sorge, in die sie durch die Forderung der Entente gestürzt worden war. Tatsächlich hätte ja, wenn die Entente auf ihrer Forderung bestanden hätte, die deutsche Landwirtschaft ihrem Ruin entgegengehen müssen.

Die polnische Frage. Notenwechsel zwischen der englischen und deutschen Regierung.

Berlin, 18. Januar.

Die englische Regierung hat am 8. d. Mts. der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflusst werden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

Die deutsche Regierung hat darauf mit einer längeren Note geantwortet, in der es zunächst heißt: Die deutsche Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß sie das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Veröhnung und will nicht neue Gegensätze und Kriege entstehen lassen.

An die Wiedergabe der Ausführungen des Staatssekretärs schließt sich dann eine Schilderung der bisherigen Entwicklung der Dinge im Osten. Die deutsche Regierung habe alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen. Trotzdem seien die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Die Provinz Polen besitze sich zurzeit in einem Zustande des nationalen Aufruhrs. Die Vorgänge in Oberschlesien hätten mit nationalen Fragen nichts zu tun. Die Arbeitergruppen in Oberschlesien seien auf internationale bolschewistische Agitation zurückzuführen. In Ostpreußen könne man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch die Wirkdauer

Regierung habe zur Aufstellung der nationalen Bewegung in den preussischen Provinzen beigetragen. Sie habe es sogar unternommen, die Wahl zur politischen Konstante in den genannten Provinzen anzuordnen und dieses deutsche Gebiet in 16 Wahlkreise einzuteilen, eine Provokation und Anmaßung, die in der Weltgeschichte einzig dastünde.

Die Note schließt: Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens dienen nur der künftigen Durchführung dieses Abkommens und der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche, die polnische Frage bereits vor dem Friedenslangfrist zur Entscheidung zu bringen.

Waffenstillstandsverhandlungen in Wlka.

Am 17. d. Mts. haben sich polnische Unterhändler nach Wlka begeben. Dort finden mit deutschen Regierungsvertretern Unterhandlungen statt, die darauf hinzielen, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand zu Wege zu bringen.

Polens Heeresorganisation.

Die Polen in Polen gehen jetzt daran, sich ein reguläres Heer zu schaffen. Die Freiwilligentrupps, die jetzt kämpfen — schreibe der „Kurier Poganowski“ — genügen den Bedürfnissen des Augenblicks nicht mehr; wir brauchen ein Heer, das nach anderen militärischen Grundsätzen organisiert und formiert ist. Die Schaffung einer solchen regulären Wehrmacht ist das dringlichste Erfordernis des Augenblicks.“ Zum Chef des Stabes ist durch den Obersten Volkerrat bekanntlich General Dombor-Musnick ernannt.

Von der Friedenskonferenz.

Gute Aussichten für den Völkerbund.

London, 18. Januar.

Nach einem Telegramm aus Newyork hat Wilson vorhin gefaselt, daß die Aussichten für die Einigung über die Errichtung eines Völkerbundes zurzeit äußerst günstig seien.

Ferner lebten die amerikanischen Journalisten in Paris bei Wilson durch, daß die Friedensverhandlungen nicht geheim geführt werden, wie es ursprünglich von Frankreich und England gewünscht wurde.

Differenzen innerhalb der Entente.

Nach Meldungen aus Brüssel hat der Ministerrat sich mit der Pariser und Versailles Konferenz beschäftigt. Belgien sieht sich durch den Beschluß, daß Belgien auf der Friedenskonferenz nur durch zwei Delegierte vertreten sein soll, benachteiligt. Der Ministerrat beschloß aus diesem Grunde, gegen den Versailles Beschluß Protest einzulegen. Der italienische Vertreter des „Rivista Anzeiger“ berichtet seinem Blatt, daß in Italien die Abkehr von Frankreich immer deutlicher werde. „Secolo“ wendet sich in einem Artikel entschieden gegen den französischen Siegestaube, und noch kräftiger schreibt der „Corriere della Sera“, daß sich alle Nationen gegen Frankreich auflehnen müßten. Der nächste Krieg, sagt das Blatt, an dem sich auch Italien beteiligen müsse, werde sich gegen die Anmaßung Frankreichs wenden.

Paris, 18. Januar. Nach einer Havasmeldung eröffnete Präsident Poincaré die Friedenskonferenz mit einer Rede, in der er zunächst für die Wahl von Paris als Verhandlungsort dankte und erörtere, daß von den vertretenen Mächten keine für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei. Besondere Untersuchungen über die bereits durch die Veröffentlichungen aus den kaiserlichen Archiven bekanntgewordenen Urkunden erbrügten sich. Es sei heute klar erwiesen, daß der Anzeiger die Vorherrschaft in Europa und anschließend daran die Welt Herrschaft erstrebt habe. Poincaré sagte: Wogen sich diejenigen, die durch das Schwert zugrunde gegangen sind, nachdem sie eine Herrschaft durch das Schwert ertritten haben, selbst anflagen.

Nichts ist so kennzeichnend wie die Aufforderung an England Ende Juli 1914, nichts gegen einen Vordrang auf Frankreich zu unternehmen, „als Deutschland nicht in den Armellanal einbringe, und die Erklärung, Frankreichs Neutralität nur anzuerkennen, wenn es in die Besetzung von Belgien, Lorraine und Verdun willige. Deutschland wollte Belgien verheimlichen. England und Frankreich schworen, es zu retten. Japan griff dann aus Loyalität gegenüber England und in Erkenntnis der Affäre durch eine Vorherrschaft der Mittelmeere drohenden Gefahr zu den Waffen. Italien weigerte sich vom ersten Augenblick an, den deutschen Ehrgeiz zu begünstigen. Rumänien kämpfte nur für die Verwirklichung seiner nationalen Einheit und machte dann einen Vertrag unterzeichnen, den die Konferenz revidieren wird.

Poincaré erwähnte sodann noch die anderen Länder, die sich auf die Seite der Entente gestellt hätten, so auch die

Vereinigten Staaten. Er schloß sich glücklich, ihren Präsidenten hier im Namen des dankbaren Frankreich und aller anderen vertretenen Mächte zu begrüßen. Amerika, die Tochter Europas, sei über den Ozean gekommen, um ihre Mutter der Demütigung durch eine Knechtschaft zu entreißen und die Zivilisation zu retten.

Nach einer Schilderung der Grenztoten, die angeblich von den Deutschen begangen worden seien, sagte er: über die ganze Erde bin ich die Klirren von abgefreiten Ketten. Geiseltete Nationalitäten riefen uns aus der Tiefe hundertjährigen Kerkers um Hilfe. Mehr noch, sie befreiten sich, um uns zu Hilfe zu kommen. Polen landete uns Truppen. Ustscholowaken eroberten sich in Sibirien. Frankreich und Italien das Recht auf Unabhängigkeit. So wurde der Krieg in des Wortes vollster Bedeutung zu einem Kreuzzug der Menschheit für das Recht.

Wenn etwas uns zum Teil für die Verluste, die wir erlitten, trösten kann, so ist es der Gedanke, daß unser Sieg auch ein Sieg des Rechtes ist. Sie werden aus diesem vollständigen Siege heute im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens die vollständigen Folgerungen zu ziehen haben. Die Solidarität, die uns während des Krieges

einte und uns zum Erfolg unserer Waffen verhalf, muß während der Verhandlungen und nach der Unterzeichnung des Vertrages vollständig weiter bestehen.

Sie werden also nur nach Gerechtigkeit streben. Diese erfordert zunächst Zurückstellungen und Wiedergutmachungen im Interesse der Völker und Personen, die beraubt oder mißhandelt worden sind. Die Gerechtigkeit verlangt das doppelte Ziel, jedem das ihm Zukommende wiederzugeben und nicht eine Erneuerung des Verbrechens durch Straflosigkeit zu ermutigen. Logischerweise fordert sie vor allem Bürgschaften für die Nationen, die in der Vergangenheit am meisten einen Angriff ausgeübt waren und es künftig sein könnten.

Währenddessen werden die hier Anwesenden gemäß dem 14. der Punkte, die die alliierten Großmächte angenommen haben, einen allgemeinen Bund der Völker aufzurichten, der die höchste Bürgschaft gegen neue Anschläge auf das Völkerrecht sein wird. Diese internationale Vereinbarung wird gegen niemand gerichtet sein und sich niemandem verschließen. Da sie durch Nationen organisiert wird, die sich opfereten, um das Recht zu verteidigen, so wird sie von diesen ihre Grundgesetze erhalten und die Bedingungen aufstellen, denen sich ihre gegenwärtigen oder künftigen Mitglieder unterwerfen werden. Sie wird vor allem danach trachten, dem von ihr geschaffenen Frieden Achtung zu verschaffen.

Es sind auf den Tag genau 48 Jahre seit dem 18. Januar 1871 verfloßen, seitdem das Deutsche Kaiserreich von dem eingebrungenen Heere im Schloße zu Versailles proklamiert wurde. Durch den Raub zweier französischer Provinzen forderte es seine erste Anerkennung. Der so in seinen Wurzeln verdrückte Staat erhub sich zugleich durch die Schuld seiner Gräber den Reim des Todes. Aus Ungerechtigkeit heraus geboren, endete er in der Schmach. Die Staaten sind hier versammelt, um das von ihm angerichtete Unheil zu bestrafen und dessen Wiederkehr zu verhindern. Sie halten in ihren Händen das Schicksal der Welt. Ich überlasse Sie, meine Herren, Ihren gewichtigen Beratungen und erkläre die Konferenz von Paris für eröffnet.

Paris, 19. Januar. (Mentz.) Die Friedenskonferenz trat gestern nachmittag 8 Uhr zusammen. Poincaré hielt die bereits gemeldete Eröffnungssprache und verließ dann den Saal. Rummer schloß Wilson die Wahl Clemenceaux als künftigen Präsidenten der Konferenz vor; Lloyd George und Sonnino unterstützten den Vorschlag und Clemenceaux wurde einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl mit Dank an und bat um schnelle Erledigung des Friedensprogramms. Er sagte weiter, er habe zwei Prinzipien wegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des früheren Kaisers um Rat befragt und würde jedem Vertreter eine Abschrift der Gutachten zustellen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr 35 Minuten vertagt. Die Vertreter der Presse wohnten ihr in ihrem ganzen Verlauf bei.

Politischer Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Verlegung des Großen Hauptquartiers. Da die Demobilmachung fast beendet ist, wird das Große Hauptquartier demnächst nach Berlin verlegt werden. Von Berlin aus dürfte sich die Oberste Heeresleitung nach dem Osten begeben, von wo Feldmarschall v. Hindenburg den Grenzschutz und die Abwicklung der Rückführung des Ostheeres in die Heimat persönlich leiten dürfte. Es werden zwei Grenzschutzbezirke geschaffen werden: ein Grenzschutz Nord in Ostpreußen, wozu auch Polen gehören wird, und ein Grenzschutz Süd, der von Breslau aus geleitet wird und

Schlesien umfaßt. Der Feldmarschall wird voraussichtlich mit der Obersten Heeresleitung seinen Standort im Nordosten nehmen, da die Möglichkeit einer Bedrohung Ostpreußens durch Volkseigenenhanden und die Lage in der Provinz Posen dort besondere Maßnahmen erheischen.

+ Die Waffenablieferung in Berlin hat ein überraschendes Ergebnis gehabt. An Gewehren und Pistolen sind allein über 10 000 beschlagnahmt worden. Dazu kommen noch mehrere hundert Maschinengewehre, die zum erheblichen Teile aus einigen aufgehobenen Waffenlagern kommen. Das Militär ist durch die Zivilbevölkerung auf verschiedene derartige Depots aufmerksam gemacht worden und hat dort erhebliche Mengen von Waffen aller Art beschlagnahmt können.

Holland.

x Kaiser und Kronprinz. In einer Unterredung, die der ehemalige deutsche Kronprinz mit einem Zeitungsvertreter hatte, erklärte ersterer u. a.: „Da die deutsche Regierung mich jederzeit in keiner Kommandoform wollte, ich aber nicht ohne Kommando nach Potsdam zurückkehren konnte, ging ich nach Holland. Meiner Frau war es unendlich, die Erlaubnis zu erhalten, mich in Brüssel zu besuchen.“ Aber den Kaiser und seine Blüme nach dem Kriege gefragt, antwortete der Kronprinz, er glaube, daß sein Vater als Privatmann nach Deutschland zurückkehren werde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die letzten Teile der aus dem Westen noch abwärtsgeführten Divisionen sind, nach Mitteilung der Obersten Heeresleitung, mit dem schließlichen Tage abgerollt.

Neueste Meldungen.

Berlin, 19. Januar. Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schüßendivision legt 10 000 Mark Belohnung für alle Personen aus, die an das Gericht sachdienliche Angaben machen können: über den Vorgang über den angeblichen Mordversuch Liebichs, zur Ermittlung der Täter, die Frau Dr. Lugenburg mißhandelt und verschleppt haben und für die Auffindung der Frau Dr. Lugenburg oder ihrer Leiche.

Berlin, 19. Januar. 131,2 Milliarden Mark Umlauf im Postverkehr. Der Postverkehr im Reichs-Postgebiet hat sich im Jahre 1918, dem zehnten seit seinem Bestehen, überaus erfreulich entwickelt. Die Zahl der Postwertkunden hat um 88 400 auf 267 813 am Jahresende zugenommen. Auf den Konten wurden nach dem vorläufigen Ergebnis 131,2 Milliarden Mark — gegen das Vorjahr 35,0 v. H. mehr — umgelegt und davon 94,5 Milliarden Mark oder 72,0 v. H. des Umlages barlos bestritten. Das Guthaben erreichte im Dezember mit 168 Millionen Mark seinen bisher höchsten Stand. Bei andauerndem Zutreffen von neuen Teilnehmern — im Dezember 1918 allein über 7000 — gewinnt das Postfachwesen auf dem Gebiete des barlosen Zahlungsvorgangs und damit für die Volkswirtschaft immer größere Bedeutung. Vordrucke zu übertragen auf Eröffnung eines Postfachkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Berlin, 19. Januar. Die Gerüchte, wonach zwischen Deutschen und Polen Waffenstillstandsverhandlungen unter Teilnahme von Regierungsvertretern stattfinden, bestätigten sich nicht. Es handelt sich lediglich um lokale Verhandlungen. Zwischen Berlin und Warschau findet keine Aussprache statt.

Berlin, 19. Januar. Gegenüber den in der Öffentlichkeit in letzter Zeit lautgewordenen Befürchtungen, die Regierung Ebert-Scheidemann bestrebe durchaus auf des Errichtung einer sozialistischen Republik, die auch etwa gegen den Willen der Nationalversammlung durchgeführt werden solle, ist die Deutsche Allgemeine Zeitung zu folgender Erklärung ermächtigt: Die Regierung Ebert-Scheidemann, die sich selbst provisorische Regierung nennt, steht fest auf dem Boden der Demokratie und will die Zukunft Deutschlands nur von dem höchsten Willen des Volkes, der in der Nationalversammlung zum Ausdruck kommt, bestimmt wissen.

Berlin, 19. Januar. Auf den ausführlichen mündlichen Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen im Trier hat der Rat der Volksbeauftragten dem Staatssekretär Erzberger seinen besonderen Dank ausgesprochen.

London, 19. Januar. In einer Unterredung mit amerikanischen Zeitungsvertretern, erklärte Marshall Jock die natürliche Grenze Frankreichs gegen Deutschland sei der Rhein. Er allein sei die Friedensgarantie für alle Nationen.

Das Geheimnis der alten Wamsell.

22] Roman von G. Marltitz.

Felicitas fand die alte Wamsell in einem Zimmer hinter der Schlafkammer. Sie lauerte auf einem Fußbänkechen vor einem geöffneten Schranke, und um sie her auf Stühlen und Fußboden lagen Rollen weißer Leinwand, Planel und eine Menge jener kleinen Gegenstände, die das Menschenkind sofort nach seinem ersten Schrei beansprucht. Die alte Dame wandte den Kopf nach der Eintretenden. Ihre feinen Züge gahen sich merklich verändert, und wenn sie auch jetzt ebelt lebhaftere Freude ausdrückten, so konnten doch damit die Spuren des Verfalls nicht verwischt werden.

„Wut, daß du kommst, meine liebe Fee!“ rief sie dem jungen Mädchen entgegen. „Bei Tischler Thienemann kann alle Augenblicke der Storch ins Haus fliegen, wie mit eben die Aufwartefrau sagte, und die Leute haben auch nicht das kleinste Stüchlein Wäsche für das arme Mädchen. . . Unser Borrat ist noch recht anständig, wir werden ein ganz hübsches Bündel zusammenbringen, nur daran fehlt es“ — sie setzte ein Mädchen von rosa Kattun auf ihre kleine Faust und hielt eine schmale weiße Spitze daran. „Das Knüttelst du gleich fertig machen, Fee,“ fuhr sie fort; „die Sachen müssen auf jeden Fall heute abend noch hingeschafft werden.“

„Ach, Tante Cordula,“ sagte Felicitas, indem sie Nadeln und Faden zur Hand nahm, „damit ich den Leuten nicht allein gehoben — ich weiß ganz genau, Meister Thienemann braucht auch Geld, und zwar fünfundsiebzig blaue Taler.“

Die alte Wamsell überlegte.

„Du, es ist ein wenig viel für meine gegenwärtigen Finanzen,“ meinte sie, „aber es wird doch gehen.“ Sie erhob sich mühsam. Felicitas reichte ihr den Arm und führte sie nach dem Kuschzimmer.

„Tante,“ sagte sie plötzlich stehend bleibend, „die Frau Thienemann hat sich vor kurzem geweigert, deine Wäsche zu besorgen, um es nicht mit Frau Dellwig zu verderben — hast du nicht daran nachgedacht?“

„Ich glaube gar, du willst deine alte Tante aufs Eis führen!“ rief die alte Wamsell bitterböse, aber der Schall lenkte sie aus ihren Augen. Sie fuhr leicht mit den Fingern über die Wangen des jungen Mädchens. Beide lachten und schritten nach dem Glaschranke.

Dies schwerfällige, altwärdige Möbel hatte auch seine Geheimnisse. Tante Cordula dachte auf eine harmlos schmeichelnde Verzeigerung, und an der äußeren Seitenwand sprang eine schmale Tür auf. Der sichtbar werdende Raum war die Kammer der alten Wamsell, und in früheren Zeiten hatte er für Felicitas Kinderwagen den Raum einer Christbecherung gehabt; denn nur selten durfte sie einen schreien, halbbedrückten Blick auf all die hier aufgespeicherten Kostbarkeiten und Rareitäten werfen. Auf den schmalen Regalen lagen einige Geldrollen, Silberzeug und Schmuckstücke.

Während die Tante eine Rolle anbrach und die Taler bedächtig zählte, ergriff Felicitas eine in der dunkelsten Ecke stehende Schachtel und öffnete sie neugierig. Es lag ein goldener Armband, weich auf Watte gebettet, darin; sein edler Stein blühte an dem Reifen, allein er wog schwer in der Hand und mußte wohl massiv von Gold sein. Was aber ganz besonders an ihm auffiel, das war kein Unfang — einer Dame wäre er sicher über die Hand geblieben, er schien somit weit eher für das berbe Handgelenk eines kräftigen Mannes bestimmt zu sein. Nach der Mitte zu wurde er bedeutend breiter, und hier hatte der Grabfingerring in wunderbarer Weise Rollen und seines Gezeugs zu einem Medaillon ineinander geschlungen. Der Kranz umfaßte folgende Verse:

„Sowas zwei sieh ein ander meinen
Irgendwann ane man
Und sich beidun so vereinen.“

Das junge Mädchen drehte den Ring nach allen Seiten und suchte eine Fortsetzung; denn wenn auch des Altweibchens Blick mächtig, aber sie sah doch mit Neugierigkeit den letzten Vers in die Worte: „Und sich beide so vereinen.“ — das war aber kein Schluß.

„Tante, kennst du das weitere nicht?“ fragte sie, immer noch eifrig lachend.

Die alte Wamsell hielt den Finger auf einen eben bintgelegten Taler und sah mitten im Zählen auf.

„O Kind, aber was bist du da geraten!“ rief sie heftig — es lagen Unmut, Schreden und Trauer zugleich in ihrer Stimme. Sie griff rasch nach dem Armbande, legte es mit bebender Hand in die Schachtel und drückte den Deckel darauf. Ein feiner, roter Fleck brannte plötzlich auf der einen Wange, und die gerunzelten Augenbrauen gaben ihrem Blick etwas düster Bräunendes — in ihr geheimerer Anblick für das junge Mädchen. „Ja, es geht fast, als verstände die Gegenwart völlig vor einer gewaltigen Flut plötzlich heraufbeschworener Ereignisse, als wolle die alte Dame gar nicht mehr, daß Felicitas neben ihr stehe, denn nachdem sie tritt sicherer Hand die Schachtel in die Ecke gestoen, ergriff sie einen Talerbesteckenden, mit grauem Papier beklebten Kasten und fuhr stricheln und Hebelnd mit der Rechten über dessen abgegriffene Ecken; ihre Flügel wurden milder, sie fußte und murmelte vor sich hin, während sie ihn gegen ihre eingeklemmte Brust drückte: „Es muß vor mir sterben. . . und ich kann es doch nicht sterben leben!“

Felicitas schlang ängstlich die Arme um die kleine schwächliche Gestalt, die in diesem Augenblick wie hilf- und hilflos vor ihr stand. Es war zum erstenmal seit ihrem neunzehnjährigen Verlebr, daß die Tante die Herrschaft über sich selbst verlor. So zart und hilflos in der äußeren Erscheinung, hatte sie doch unter allen Umständen einen merkwürdig starken Geist, eine unerschütterliche Seelenruhe gezeigt, die kein äußerer Anlaß aus dem Gleichgewicht zu bringen vermochte. Sie hatte sich mit jeder Faser ihres Herzens liebend an Felicitas angegeschlossen und alle ihre Kenntnisse, ihren ganzen Schatz ferngelegener Lebenserfahrungen in die junge Seele niedergelegt, aber vor ihrer Vergangenheit lagen heute noch wie vor neun Jahren Siegel und Kiesel. Und nun hatte Felicitas in unvorsichtiger Hast an dies schon verschlossene Stüd Leben gerührt — sie machte sich die bittersten Vorwürfe.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.
Wilsdruff, den 20. Januar 1919.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Würfel sind gefallen! Das gesamte deutsche Volk hat gestern gesprochen und den Kurs des neu zu zimmernden Staatsschiffes bestimmt. Ein genauer Ueberblick ist natürlich zur Stunde noch nicht möglich, aber soviel läßt sich sagen, daß wir mit vollen Segeln in ein entschieden liberales Fahrwasser treiben. Starke ist im allgemeinen der Erfolg der Mehrheitssozialdemokratie. Außerordentlich rege war in unserer Stadt die Wahlbeteiligung, haben doch von insgesamt 2086 Wahlberechtigten nicht weniger als 2029 ihre Stimme in die Wagtschale geworfen. Und mit 57 waren entweder absolut verhindert oder hatten die Bedeutung der Wahl nicht erkannt und waren aus Kleinigkeiten, verschobenen Gründen hinterm Ofen hocken geblieben. Freilich, auch derjenige möchte es ruhig unterlassen, der es allen recht machen wollte und die Stimmgabel verschiedener Parteien in den Umschlag steckte, wenn es nicht etwa aus Unwissenheit geschah. Einzelne oder truppweise zog man nach dem Wahllokal im „Löwen“ oder „Adler“, hier eine ganze Familie, da zwei alte Mütterchen, hier eine Schar junger Mädchen, da ein Trupp Feldgrauer. Ueberhaupt stand die Beteiligung des schönen Geschlechts bei der Männer kaum nach. Die mahnenden Aufforderungen der Tageszeitungen, die zahlreichen Flugblätter und die vielen Wahlversammlungen haben hier offensichtlich gute Früchte getragen. Berrinzelt kam es auch vor, daß Wähler zurückgewiesen werden mußten, weil sie den Beweis nicht erbringen konnten, daß sie bei der in den letzten Tagen erfolgten Uebersiedlung nach hier in der Wählerliste ihres alten Aufenthaltsortes gestrichen worden waren. In der 8. Abendstunde begannen die „Wahlkämpfer“ ihren nicht allzuleichter Dienst, hatten aber doch Erfolge zu verzeichnen. Erfolgreichste sind die Wahlen in Reiche fast überall ruhig verlaufen, nur in Sannborn, Dinslaken und Rattowig haben Störungen der Wahlhandlung stattgefunden, indem bewaffnete Spatzen in mehrere Wahllokale einbrachen, Wahllisten und -urnen auf die Straße warfen und unter dem Geschrei einer großen Menge verbrannten. Den Wahllokalbesitzern und ihren zahlreichen Mitarbeitern gebührt der Dank aller Wähler für ihre Hingabe an die vaterländische Sache. Hoffentlich sind gestern durch den Bewilligen des deutschen Volkes die Männer in die Nationalversammlung gewählt worden, die befähigt und entschlossen sind, den Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes ungestört in Angriff zu nehmen und das Volk in seiner Gesamtheit einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

Wir konnten bereits gestern abend gegen 11 Uhr die nachstehend veröffentlichten Ergebnisse aus unserer Stadt und den Amtsgerichts-Gemeinden veröffentlichen.

Wahlort bez. Bezirk	Wahlberechtigte (Gesamt)	Wahlberechtigte (Männl.)	Wahlberechtigte (Weiblich)	Wahlberechtigte (Gesamt)	Wahlberechtigte (Männl.)	Wahlberechtigte (Weiblich)
Wilsdruff	980	16	561	273	10	229
Birkenhain	28	—	2	—	—	40
Plankestein	23	—	10	13	—	137
Buckhardwalde	33	—	10	18	—	61
Greislich	75	—	9	11	—	39
Brumbach	259	55	65	84	8	255
Heilbigsdorf	78	—	18	15	—	77
Herzogsvalde	186	—	32	18	—	149
Hühndorf	19	—	3	29	—	14
Raufbach	49	—	16	16	—	97
Reißelsdorf	315	29	63	47	—	59
Romschönberg	16	—	4	—	—	68
Ripphausen	111	—	18	6	—	88
Sampsdorf	31	—	1	8	—	61
Sambach	47	—	5	19	—	83
Münzig	94	—	3	43	—	18
Neukirchen	122	—	1	24	—	269
Niederwartha	46	—	39	29	—	48
Niederndorf	113	—	13	16	—	142
Roschschönberg	125	—	7	12	2	44
Sachsberg	28	—	17	—	—	91
Schmiedwalde	36	—	2	2	—	56
Sora	18	—	7	2	—	66
Srinbach b. Mohorn	26	—	9	14	—	21
Tanneberg	95	—	17	19	—	54
Untersdorf	46	1	15	11	—	97
Weistroppe	146	9	13	39	1	68
Wilsberg	121	—	3	—	—	40
Braunsdorf	205	129	4	2	—	14
Seeligshardt	47	—	23	1	—	89

Weitere Ergebnisse aus Sachsen und dem Reiche.

Dresden. Mehrheitssoz. 125 210, Unabhäng. 7940, D.-demokr. 32 380, Zentr. 3669, D. Sp. 32 142, D.-nat. 22 384 Stimmen.
Stadl Reichen: Mehrheitssoz. 12 333, Unabhäng. 792, D.-demokr. 3604, D.-nat. 1318, D. Volkspart. 2514.
Rossen Stadt: Mehrheitssoz. 1146, Unabhäng. 22, D.-demokr. 1090, D.-nat. 320.
Leipzig: Mehrheitssoz. 44 400, Unabhäng. 155 700, D.-demokr. 19 000, D.-nat. 42 000.
Baugen Stadt: Sozialdemokr. 8103, D.-demokr. 5065, D. Volkspart. 2016, D.-nat. 2536, Zentr. 882, Unabhäng. 645.
Berlin. (12 Bezirke.) Mehrheitssoz. 31 411, Unabh. 8054, D.-demokr. 14 090, Zentr. 2796, D. Sp. 7368, D.-nat. 9273.
Hamburg (Stadt): Mehrheitssoz. 282 851, Unabh. 85 707, D.-demokr. 143 424, Zentr. 6393, D. Sp. 63 018, Deutschnat. Volkspart. 1594.
Hannover: Soz. Demokraten 30 000, D.-Demokr. 67 000, D. Volksp. 8500.
München: Sozialdemokr. 174 263, Nat. Mittelpart. 71 045, Zentr. 77 304, D. Volkspart. 59 821, Unabhäng. 34 195.

Mannheim (Stadt): D.-demokr. 25 000, Soz. 59 061, Zentr. 16 251, D.-nat. 5185.
Offenbach a. Main (Stadt): Soz. 23 546, Unabh. 2834, Demokr. 655, Deutschnat. Volkspart. 1752, Deutsche Volkspart. 2241, Zentr. 4881.

Letzte Drahtberichte.

Stuttgart, 20. Jan. (tu.) Die Wahlen in Württemberg hatten folgendes Ergebnis: Demokraten 332 010, Zentr. 303 050, Sozialdemokraten 470 316, Bürgerpartei und Bauernbund 182 515, Unabhängige 364 13, Friedenspartei 3504. Es stellen demnach Abgeordnete: Demokraten 4, das Zentrum 4, Sozialdemokratie 7, Bauernbund und Bürgerpartei 2, Unabhängige und Friedenspartei 1.
Frankfurt, am Main, 20. Jan. (tu.) Von 164 Stimmbezirken der Stadt Frankfurt und Umgebung sind bisher die Ergebnisse aus 117 Bezirken bekannt. Es wurden abgerechnet für die Mehrheit 74 965, Unabhängige 7675, Deutsche Demokraten 38 474, Zentr. 18 522, Deutsche Volkspart. 13 891, Deutschnationale 6985 Stimmen. Die Wahlen verliefen ohne jeden Zwischenfall.
Heidelberg, 20. Jan. (tu.) Das Ergebnis für Heidelberg Stadt und Land ist für die Sozialdemokraten 13 980, Zentr. 10 156, Deutschnationale 5502, Sozialdemokraten 19 306.

Umsatzsteuer — Buchführung. Die sozialpolitisch wesentlichen Pläne des Ausbaues der Umsatzsteuer und deren wichtiger Bestandteil, die Lohnsteuer, lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolgt. Vor einer lässigen Befolgung der Bestimmungen über den Buchführungszwang kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz angeordneten ernsten Folgen haben. Wer keine Aufzeichnungen über seinen Geschäftsumsatz der Steuerbehörde vorlegen kann, wird von dieser abgelehnt und geht der Rechtsbeschwerden an den Reichsanwalt verlustig. Ueberhaupt wird die Buchführung im Leben der Gewerbetreibenden jetzt eine viel größere Rolle spielen, als bisher. Denn wenn er nicht, wie dies immer empfohlen wurde, schon an und für sich kaufmännische Buchführung hatte, so muß er jetzt unbedingt Steuerbücher führen.

Die letzte Versammlung vor der Wahl war in unserer Stadt von der Mehrheitssozialdemokratie arrangiert. Der geräumige Saal des Löwen war bis auf den letzten Platz gefüllt, als nach beglückwünschenden Worten des Herrn Schumann der für den behinderten Referenten eingesprungene Redakteur Albert Dresden das Wort ergriß zu seinem Vortrage: „Die Bedeutung der Nationalratswahlen.“ In anderthalbstündigen Ausführungen gezielte er zunächst das Verhalten der bürgerlichen Parteien vor, während und nach der Revolution, wendete sich scharf gegen Kapitalismus einerseits, gegen Streiks und übermäßige Lohnforderungen der Arbeiter andererseits, da nur intensiver Arbeit aller die Errungenschaften der Revolution erhalte, das Allgemeinwohl verbürge, endlich gab er ein Bild von den gewählten Aufgaben, die der Nationalratsversammlung harren und den Zielen der Mehrheitssozialdemokratie, die sie mit aller Kraft erstrebe. Dann sprach Frau Kurtz-Dresden über dasselbe Thema und wandte sich in der Hauptsache an die Frauen und Mädchen. Sie erinnerte an die täglichen Noth und Sorgen, den schweren Erziehungskampf in diesen verflochtenen Kriegsmoenten, die erfüllten Pflichten und erhaltenen Rechte, streifte Religion und Schule und forderte schließlich auf, in die Organisationen einzutreten und mit dem Stimmzettel dafür zu sorgen, daß die alte Sozialdemokratie der Baumeister des neuen Hauses bleibe. Reicher Beifall wurde beiden Referenten zuteil. In der folgenden Debatte gab Herr Apotheker Schulz seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß es die Vortragenden unterlassen hätten, in scharfer, bestimmter Weise die Grundanschauungen ihrer Partei klarzulegen, eine feste Grenze zu ziehen zwischen rechts und links, wies die Anschuldigungen gegen die bürgerlichen Parteien zurück, und erörterte schließlich die Frage der Sozialisierung und die Stellung der Sozialdemokratie und der Deutschen Demokratischen Partei dazu, worauf im Schlußwort der Referent einwies.

Ueber die neuen Tarifverordnungen im Eisenbahnverkehr wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Erhöhungen noch größer sein werden, als bisher geplant war. Im Personenverkehr wird die Verteuerung in der vierten Klasse 25, in der dritten Klasse 50, in der zweiten Klasse 40 und in der ersten Klasse 100 v. H. betragen. Mit Ausnahme des internationalen Reiseverkehrs wird die erste Klasse im allgemeinen beseitigt und die Durchführung eines Zweiklassen-systems angestrebt werden. Die Arbeiter-, Schüler- und Zeitkarten soll'n von der Erhöhung freibleiben. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Personentaxen wird die Befestigung der Ergänzungsgebäude im Schnellzugverkehr vorbereitet, unter Neuordnung der Schnellzugzuschläge. Statt bisher vier werden drei Zonen gebildet, und zwar die erste bis 75 Kilometer, die zweite von 76 bis 150 und die dritte über 150 Kilometer. Die Zuschläge betragen für die erste Zone: dritter Klasse 1 Mk., erster und zweiter Klasse 2 Mk., zweite Zone: dritter Klasse 2 Mk., erster und zweiter Klasse 4 Mk., dritte Zone: dritter Klasse 3 Mk., erster und zweiter Klasse 6 Mk. — Im Gepäckverkehr wird die bestehende Verdoppelung der tarifmäßigen Sätze fortfallen, also eine Ermäßigung von 50 v. H. gegenüber den jetzigen Sätzen eintreten. Im Güterverkehr ist zu den bisherigen Sätzen ein allgemeiner Zuschlag von 60 v. H. vorgeschlagen worden, so daß die Erhöhung gegenüber den Preisen vor dem Krieg 75 v. H. betragen wird. Die Durchführung der Tarifverordnungen, zu der die deutschen Bundesregierungen ihre Zustimmung gegeben haben, ist zum 1. April in Aussicht genommen worden.

Von 2000 Arbeitslosen nur 11 für die Arbeit in der Landwirtschaft. Nach Mitteilungen des Landes-kulturates wird gegenwärtig eine Landesarbeitsordnung für Sachsen ausgearbeitet. Sie soll den Wünschen der landwirtschaftlichen Unternehmer entgegenkommen, die sich gegen eine Festlegung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft, wie sie durch Einführung des Achtstundentages bedingt wäre, gewendet haben. Danach ist vorgesehn für je 4 Monate des Jahres eine acht-, zehn- und elfstündige Arbeitszeit. Nicht einbezogen in diese Zeiten ist die Fütterung

der Standtiere durch den Geschäftsführer. Gleichzeitig schweben Verhandlungen mit der Reichsregierung zwecks Einführung eines Tarifvertrages, der in großen Absätzen gehalten ist und für das ganze Reich Geltung haben soll. Durch diese Maßnahme will man mehr Arbeitskräfte für die Landwirtschaft gewinnen. Die geringe Nachfrage in landwirtschaftlichen Arbeitern ist, erhielt daraus, daß kürzlich in Dresden 1700 Stellen für die Landwirtschaft offen waren, denen ein Angebot von 2000 Arbeitslosen gegenüberstand, von denen sich nur 11 für die Arbeit in der Landwirtschaft bereit erklärten.

Kartoffellagerung im Haushalt. Kartoffeln werden jetzt von solchen gelagert, denen diese Tätigkeit neu ist. Die Art unserer Kartoffelversorgung im Kriege bringt es mit sich, daß viel mehr Kartoffeln unter ungewöhnlichen Verhältnissen gelagert werden müssen, als sonst. In Friedenszeiten wurden weitaus die meisten Kartoffeln in der Landwirtschaft aufbewahrt, und eine ständige Zufuhr nach den Städten gestattete es, daß in diesen immer nur kleine Mengen, und auch diese nur vorübergehend, aufbewahrt werden mußten. Jetzt ist es nötig, um die Bevölkerung einigermaßen sicher mit Kartoffeln zu versorgen, daß mindestens in großen Städten ständige Lager von Kartoffeln gehalten werden. Dadurch müssen sich vielfach Kreise mit der Aufbewahrung befassen, denen diese Tätigkeit neu und ungewohnt ist. Im Kriege ist jede einzelne Kartoffel ein kostbares Gut. Ferner war vor dem Kriege ein solcher Kartoffelüberfluß vorhanden, daß man Ausfälle während des Winters leicht verschmerzen konnte; heute ist es die unabwendbare Pflicht eines jeden, der mit Kartoffeln zu tun hat, das ihm anvertraute Gut möglichst vollkommen zu erhalten. — Wenn man Kartoffeln lagern will, so muß man sich immer vergegenwärtigen, daß man es dabei nicht mit einem toten Gegenstand zu tun hat, sondern mit lebenden Pflanzenteilen, die man nur dann erhalten kann, wenn man weiß, wie sie zu behandeln sind, und wenn man dieses Wissen mit der nötigen Sorgfalt anwendet. Fortsetzung folgt.

Ein volkskräftlicher Bündenbund für Sachsen hat sich in Dresden gebildet. Der Bund bezweckt den Zusammenschluß der evangelischen Mitglieder der sächsischen Landeskirche ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand oder Richtung der Partei. Er ist eine Folge des Buchschen Erlasses über Trennung der Kirche vom Staat.

Die tschechische Gefahr für Sachsen. Der sächsische Grenzschutz gegen Böhmen ist seit einiger Zeit verläßt worden, besonders seitdem Ende Dezember in sächsischen Wäldern ein Alarmruf erschallen, der vor der tschechischen Gefahr warnte. Seit dieser Zeit haben die Tschechen vor allem ihre Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die bayrische Grenze mit Postenketten zu besetzen, und von der sächsischen Grenze schmerzbar abgelenkt. Seit einigen Tagen aber haben sie auch an der sächsischen Grenze Postenketten aufgestellt, hinter denen sich offenbar größere Truppenverbände ansammeln. Man fragt sich, was der Grund zu dieser Maßnahme sein kann, da die innere Lage in Deutsch-Böhmen selbst keine ausreichende Erklärung dafür gibt. Es ist un schwer zu erkennen, welche Absichten die Tschechen bei diesem Vorgehen gehabt haben. Die einzige Lösung ist, daß sie die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen stellen wollen, und sie wissen selbst, daß es dazu die höchste Zeit ist. Der sächsisch-tschechische Grenzschutz besteht aus Landsturmeinheiten, die zweifellos national zuverläßig, aber kriegsmäßig sind und infolgedessen nicht als ausreichende Sicherung betrachtet werden können, besonders da sie es voraussichtlich bei einem tschechischen Vorstoß nicht mit tschechischen Truppen allein zu tun haben würden, sondern, wie einwandfrei festgestellt ist, auch mit slowakischen Soldaten, die sich im Laufe des Krieges als bessere Truppen erwiesen haben als die Tschechen. Die Lage ist zur Zeit so, daß die verantwortlichen Stellen alles tun müssen, um die dringende Gefahr, die von der Grenze her droht, abzuwenden. Sonst könnte es geschehen, daß wir eines Tages plötzlich vor Verhältnissen stehen, wie sie in der Provinz Posen herrschen. Nicht nur dorthin, sondern auch nach der sächsisch-tschechischen Grenze müßten freiwilligenbataillone zur Stärkung des Grenzschutzes geschickt werden. Mögen die verantwortlichen Stellen ihre Maßnahmen treffen, ehe es zu spät ist!

Dresden. Zu dem Raubmord wird von der Kriminalpolizei noch gemeldet: für Mitteilungen die zur Aufklärung des Mordes dienen, ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Bis heute mittag fehlte jede Spur von dem Täter. Verübt wurde die Tat vermutlich zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags. Der Mörder hat seinem Opfer mit einer Holzraspel und einem Hammer (sogen. Franzosen) vier tiefe Stiche am Kopfe beigebracht. Die Leidenstunde ist gestohlen. Die Kleidungsstücke und die Hände des Täters sind zweifellos mit Blut besetzt worden, auch hat er sich annehmbar beim Gebrauch der Raspel an der Hand verletzt.

Dresden. Die Pocken zeigen noch keine Abnahme. Die Zahl der Neuerkrankungen hält sich auf der bisherigen Höhe, es kommen täglich drei bis vier neue Fälle vor. Insgesamt sind in Dresden bis heute 139 Pockenfälle eingetreten, darunter 11 Todesfälle. Die letztere Zahl beweist, daß wir es glücklicherweise mit einem leichten Verlaufe der Krankheit zu tun haben. Trotzdem ist nur von neuem zu raten, daß sich jeder impfen läßt.

Ramenz. Am Sonnabend brannte die Tuchfabrik Adolph Minkwitz völlig nieder. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß sämtliche Maschinen den Flammen zum Opfer fielen und nichts gerettet werden konnte. Der Fabrikbetrieb, der in den letzten Monaten stillgelegen hatte, sollte heute, Montag, wieder aufgenommen werden. Da der Brand gleichzeitig im Keller- und Obergeschloß ausgebrochen war, nimmt man Brandstiftung an. Bedauerlicherweise ist bei dem Brande der elfjährige Schulknaabe Schüller beim Einsturze einer Esse schwer verunglückt.

Baugen. Eine Steuererhöhung um 90 v. H. gegen das Vorjahr wird hier eintreten. Nach einem Steuerprovisorium sehen die sächsischen Körperschaften die Steuern auf 197 v. H. fest. Erforderlich ist die Erhebung von 250 v. H., welcher Satz bei der endgültigen Festsetzung erreicht wird. Im Vorjahre wurden 160 v. H. erhoben.

Ämtlicher Teil.

Pferdezucht.

Die Hengste der Beschlachtung Kesselsdorf stehen vom 16. ds. Mts., die der Beschlachtung Zella vom 17. ds. Mts. und die der Beschlachtung Mohlis vom 19. ds. Mts. ab zur Bedung zur Verfügung.

Meißen, am 18. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleingeld-Gutscheine.

Die vom Stadtrat zu Meißen vom 11. ds. Mts. ab ausgegebenen neuen fünfzig-Pfennig-Gutscheine haben auch für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen Gültigkeit. Die jetzt in Umlauf befindlichen alten fünfzig-Pfennig-Gutscheine der Stadt Meißen, deren Gültigkeit am 31. Dezember 1918 ablaufen sollte, werden eingezogen. Sie behalten nur noch bis 15. Februar 1919 Geltung, sollen aber auch dann noch bis 31. März 1919 von der Stadthauptkasse zu Meißen eingelöst werden.

Meißen, am 15. Januar 1919.

Nr. 86 I.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Umsatzsteuer.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Personen, die in Ausübung selbständiger gewerblicher Tätigkeit Lieferungen und Leistungen aller Art gegen Entgelt vornehmen, aber ihren Umsatz zwecks Ermittlung der Umsatzsteuer Buch zu führen haben. Da die Steuer nach dem Gesamtbetrage der Entgelte berechnet wird, die ein Unternehmer im Laufe eines Kalenderjahres für steuerpflichtige Leistungen erhalten hat, so liegt eine genaue und sorgfältige Aufzeichnung im eigenen Interesse eines jeden Steuerpflichtigen. Aufzeichnungspflichtig sind, da nicht nur Lieferungen, sondern auch sonstige entgeltliche gewerbliche Leistungen befreuet werden, neben Kaufleuten aller Art, insbesondere auch die **Handwerker, die Schneider, Schuhmacher** und dergl., die **Ausbesserungsarbeiten vornehmen, die Landwirte**, die landwirtschaftliche Erzeugnisse veräußern, die **Stellensuchmittel, Bücherrevisoren, Gastwirte, Fahrwerksbesitzer, Schausteller, Versicherungs- und Wacensagenten, Kommissionäre** uim.

Mit den gesetzlich vorgeschriebenen behördlichen Prüfungen der Aufzeichnungen wird demnächst begonnen werden. Bei Zweifelsfragen werden Auskünfte in der Stadtsteuerkasse erteilt.

Wilsdruff, am 18. Januar 1919.

Der Stadtrat als Umsatzsteueramt.

Inseraten-Teil.

Oekonomia Wilsdruff.

Gasthof „Weißer Adler“ Mittwoch d. 22. Januar

Vortrags-Abend

Herr Poppe-Tanneberg spricht über seine Erlebnisse in französischer Gefangenschaft.

Hierauf Ball.

Für gut Getränk sorgt der Wirt
Für gut Essen — jeder selbst.

Anfang punkt 8 Uhr.

D. B.

An die Landwirte im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff!

In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins ist von mir u. a. auch die Zwangsbewirtschaftung von Heu und Stroh mit erörtert und die Wahrscheinlichkeit ausgesprochen worden, daß vielleicht in Bälde die Zwangsbewirtschaftung mit Stroh ihr Ende erreichen könnte, und daß dies sehr wünschenswert wäre. Diese Äußerung hat in der Umgegend von Wilsdruff die weitere Zwangsbewirtschaftung von Heu und Stroh völlig lahmgelegt und es ist mir von der Amtshauptmannschaft Meißen die Aufforderung zugegangen, den Irrtum aufzuklären und die rasche und reichliche Weiterlieferung von Heu und Stroh den Landwirten nahelegen. Ich tue dies hiermit, denn solange gesetzliche Bestimmungen bestehen, müssen sie auch selbstverständlich von jedem, den sie betreffen, befolgt werden.

Braunsdorf, am 17. Jan. 1919.

Andrä.

Kleinster Beitrag! Größte Auszahlung! Schützen Sie Ihre Familie vor Not!

indem Sie Ihr Leben versichern. Näheres durch **Hamburg-Mannheimer Vers.-Akt.-Gesellschaft**, Geschäftsstelle Wilsdruff, Schützenhaus. — Bezirksinspektor Lubosch. Entgegennahme von lebenslänglicher Eisenbahn- u. Dampfschiff-Unglücks-Versicherung, Feuerversicherung für Landwirte Hagel-, Einbruch- und Diebstahls-Versicherungen.

Mit dem Heute bau das Morgen,
Rechne nicht mit Zufallsgaben.
Wißt du selbst bei Zeiten sorgen,
Mußt du keine Sorge haben!

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung in der 4. Woche.

Mittwoch, den 22. Januar Eier. 1 Stück auf den Kopf für 45. Pfennige.

Kesselsdorf, am 20. Januar 1919.

Der Ortsausschuß.

Offene Antwort an die Deutsche Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei fragt uns, ob wir immer noch bestreiten können, die Beziehungen zur goldenen Internationale zu haben, nachdem Herr Bütschow für uns tätig sei.

Antwort:

Jawohl, wir bestreiten es ganz energisch und weisen die Anschuldigung als

größte Unwahrheit

zurück. Wir treten für Redefreiheit eines jeden ein und verweigern sie auch Herrn Bütschow nicht. Wir weisen den Kampf gegen einzelne Mitglieder der Partei, die weder Führer noch Kandidaten, noch Mitarbeiter am Programm und Grundrissen unserer Partei sind, als **unfalsch** zurück. **Deshalb laßt Euch nicht irreführen.**

Berein der Deutschen Demokratischen Partei.

Ein harter bayerischer

Zugochse

steht zum Verkauf. 1574
Sachsdorf Nr. 12.

2 Stück tragende 1588

Ziegen

steht zum Verkauf
Heltigsdorf Nr. 32 b.

Brautpaar sucht Wohnung

per 1./4. oder 1./7. 1919
Angeb. postl. Grumbach
unter F 22 erbeten. 1576

Haus

mit ca. 1 Schff. Land u.
Obstgarten wird in der Um-
gebung Wilsdruffs zu kaufen
gesucht. Offerten mit Preis-
angabe unter 1577 an die
Exp. bis Blattes. erbeten.

8—10000 Mk.

sind auf sichere Hypothek aus-
zuleihen.
Adressen unter 1592 an die
Geschft. des Bl. erbeten.

Zur Aufstellung eines bürgerlichen Wahl-
vorschlages für den Gemeinderat zu Grumbach
soll **Mittwoch, den 22. Januar 1919 abends**
1/2 8 Uhr im Gasthof zu Grumbach eine
Versammlung

stattfinden. Interessenten werden hierzu eingeladen.
Der Einberufer.

Neuheiten

in **Kleider- und Blusenstoffe**
schwarz und farbig

Kostüm- und Mantelstoffen

besonders preiswerte
und haltbare Ware!

140 cm breit, in modernen Farben
auch für Knaben-Anzüge geeignet

Eduard Wehner Am Markt.

Ausstellung Schaufenster Meissner Strasse.

Suche ab 1. Februar oder später Stellung als

Schirrmeister oder 2. Verwalter.

Bin 24 Jahre alt, militärfrei; evtl. Übernahme der
ersten Pferde. Offerten erbeten an
Max Abigan, Gastwirt
Wilsdruff.

Oswald Mensch Rossschlächterei Potschappel

Fernsprecher Nr. 735 Amt Dauben.

Vorläufige Anzeige.

Gasthof „Weißer Adler“ Wilsdruff.

Sonntag den 26. Januar

Großes Militärkonzert mit Ball.

Bringe mein reichhaltige
Lager in **Reise-, Wasch-
Trags-, Holzkörben**, sowie
grüne **Str.-Körbe**, Halb-
schiffelkörbe u. **Risf-
schwinger** in empfehlende
Erinnerung.

Richard Täubert
Korbwarenhandlung
Wilsdruff, Zöbelerstr. 191.

Dienstag, d. 21. Jan.
von 2 Uhr ab

Fleisch-Verkauf.
Nrn. 309—510.
August Hohlfeld.

Hund,

weiß mit braunen Flecken
am Kopf, Lederhalsband
zwischen Neukirchen—Limbach
entlaufen. Nachrichten
erbeten Limbach Nr. 15.

Licht- und Kraftanlagen

mit nur bestem Material
werden sofort ausführt
Motor-Reparaturen in
einigen Tagen.

Ferdinand Jotter,
Inhablatio-smistr. Wilsdruff.

Ordentl. Mädchen,

vom Lande, 17 Jahre alt,
sucht für sofort oder ab
1. Februar Stellung in der
Landwirtschaft. Gefl. Ang.
u. 1556 a. d. Geschäftst. ds.
Blattes erbeten.

Ein gut erhaltenes

Büffet

ist preiswert zu verkaufen
Schmiedewalbe Nr. 14.

1 Hilfsmonteur (saubere
Arbeiter)

1 jung. Arbeitsbursche
(Radfahrer), sofort gesucht.

Wünsch
Rosenstr. 75.

Piano a. Preis. zu kaufen
gef. Off. m. Pr., Firma u.
Farbung. erb. u. H. W. 066
Invalidentank Dresden.

Unsere wertten Inserenten,

jeweils nächste Nummer zurückstellen. Wir sind gezwungen, an dieser Maßnahme festzuhalten, da wir seitens des Elektrizitätswerkes die Genehmigung zur Stromentnahme für den Betrieb der Maschinen nur bis nachm. 4 Uhr haben.

private wie amtliche, bitten wir wiederholt, alle Inserate bis spätestens vormittags 11 Uhr aufzugeben, da wir sonst nicht in der Lage sind, ein Erscheinen derselben am gleichen Tage zu gewährleisten. Wir müssen vielmehr alle die Inserate, die nach 11 Uhr aufgegeben sind, ohne Ausnahme für die Geschäftsstelle d. Wilsdruffer Tageblattes.